

18. Dezember 2006  
Wiener Zeitung

## **"Weihnachtsfriede" im Konflikt um die Lobau-Autobahn – Stadt Wien köderte Global 2000 und Greenpeace Lobau-Besetzer zur Aufgabe bewogen**

Von Christian Mayr

- Abzug aus Nationalpark bis Weihnachten fixiert.
- Stadt gelang es, Allianz der Besetzer zu durchbrechen.
- Verkehrsgipfel ab Jänner soll Autobahn-Gegner besänftigen.

Wien. Ist es ein "fauler Kompromiss" – wie einige Au-Besetzer hinter vorgehaltener Hand murren – oder "ein ganz großer Triumph" – wie die Umweltschutzorganisation Global 2000 meint? Faktum ist, dass die seit 1. November in der Wiener Lobau campenden Umweltaktivisten bis Weihnachten abziehen und so den Weg für die geplanten Probebohrungen freimachen. Im Gegenzug verzichtet die Asfinag auf Schadenersatzklagen; außerdem ist ab Jänner ein großer Verkehrsgipfel geplant, bei dem die Notwendigkeit der Nordostumfahrung samt Lobau-Tunnel von Grund auf diskutiert werden soll.

Diesem überraschenden Ergebnis ging ein geschickter Schachzug der Stadt Wien voraus, der die bis dahin starre Front der Au-Aktivisten zu brechen vermochte: Wie der "Wiener Zeitung" bestätigt wird, fanden bereits Freitag Abend erste Verhandlungsgespräche statt – aber nicht mit allen Vertretern der sechs in der Lobau aktiven Gruppen, sondern zunächst nur mit Global 2000. Als diese das nun vorliegende Angebot im Alleingang unterzeichnete, folgte wenig später mit Greenpeace auch die zweite große Organisation.

### **Zersplitterung drohte**

Woraufhin es am Wochenende im Camp zu wilden Diskussionen gekommen ist – denn wenn die zwei großen Gruppen abziehen, würden die kleinen, privat-organisierten Initiativen die drohenden Schadenersatzforderungen allein auszufechten haben. Immerhin hatte Projektbetreiber Asfinag Klagen in Höhe von bis zu einer halben Million Euro angekündigt.

Letztlich blieb den Aktivisten nichts anderes übrig, als zuzustimmen. Und als dann bereits am Sonntag die ersten Meldungen über die fixierte Einigung veröffentlicht wurden, gab es auch kein Zurück mehr, um nach außen hin ja nicht die einheitliche Linie zu verlieren. Denn klar ausgemacht war, dass erst Montag Früh die endgültige Entscheidung fallen sollte.

Karin Kuna (Global 2000), die sich mit der Stadt Wien geeinigt hat, will den schwarzen Peter freilich nicht auf sich sitzen lassen: "Es ist kein Geheimnis, dass es diese Geheimgespräche gegeben hat. Es ist immer besser, in einer kleinen Gruppe zu verhandeln, als mit 15, 20 Personen", so Kuna. Die anderen Gruppen hätten allerdings ihr Vetorecht geltend machen können – dann wäre der Deal noch geplatzt. "Dass die Bombe früher hochgegangen ist und die Sache vorzeitig gegenüber Medien bestätigt wurde, dafür kann ich nichts", so Kuna. Heftig widerspricht sie auch Gerüchten, wonach sich Global 2000 von Umweltstadträtin Ulli Sima (SPÖ), früher Global-2000-Aktivistin, habe kaufen lassen. "Das ist Blödsinn. Ich habe mit Sima das letzte Mal vor sieben Monaten gesprochen."

Diplomatisch drückt Helmut Letofsky, Sprecher der Initiative Bignot, seinen Unmut aus: "Sechs Organisationen sind dabei, alle haben mit Zähneknirschen zugestimmt." Seiner Meinung nach habe aber Global 2000 durch das Vorgehen den "Nimbus des Großen" eingebüßt: "Da bleibt eine Schramme", so Letofsky. Alle Organisationen betonen nun, am

gemeinsamen Ziel – Verhinderung der Nordostumfahrung – weiter festzuhalten: "Wir gehen den gemeinsamen Weg weiter. Unser Ziel eines Verkehrsgipfels haben wir ja erreicht", meint Margit Huber von der Bürgerinitiative Marchfeld. Allerdings haben die Gruppen nun vorerst kein Druckmittel mehr in der Hinterhand.

### **"Dann kommt Eskalation"**

Das könnte sich rasch ändern: "Wenn wir merken, dass wir bei den Gesprächen abgeschasselt werden, wird es wieder Aktionen geben. Dann allerdings keine Mahnwache mehr, sondern das würde Eskalation bedeuten – wo und wie auch immer", kündigt Letofsky an.

Die politischen Parteien begrüßten den erzielten "Weihnachtsfrieden" in der Lobau: "Die Lösung, die ausverhandelt wurde, ist eine sehr gute und konstruktive", erklärte Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker. ÖVP-Obmann Johannes Hahn gratulierte den Asfinag-Managern, die mit hoher sozialer Kompetenz eine vorläufige Lösung der Patt-Stellung erwirkt hätten. Die FPÖ freute sich, dass die Au-Besetzer dem "rechtlichen Druck" nachgeben mussten. Vorsichtig äußerte sich Grünen-Umweltsprecher Rüdiger Maresch: Beim Verkehrsgipfel müsse es ums "Eingemachte" und nicht um Alibigespräche über kosmetische Korrekturen gehen.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=3940&Alias=wzo&cob=262062&currentpage=1>